

Postcheck-Konto:  
Leipzig Nr. 34018.

Die „Sächsische Elbzeitung“  
erscheint Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. Die  
Ausgabe des Blattes erfolgt  
täglich vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis viertel-  
jährlich 2.— M., 2 monatlich  
1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg.  
durch die Post vierteljährlich  
2.10 M. (ohne Bestellgeld).  
Einzelne Nummern 12 Pfg.  
Alle kassierlich, Postanstalten,  
Postboten, sowie die  
Zetteltreger nehmen stets  
Bestellungen auf die  
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:  
„Unterhaltungsblatt“.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den  
Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hirtle. Verantwortlich: Konrad Kobelauer, Bad Schandau

Fernsprecher Nr. 22.  
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-  
breitung d. Bl. von groß-  
Wirkung, sind Montag,  
Mittwoch und Freitag be-  
sonders vorzuziehen. Ortspreis für  
die 5 gestalt. Kleinschriftzeilen  
oder deren Raum 20 Pfg.,  
bei auswärtigen Anzeigen  
25 Pfg. (tabellarisch und  
schwierige Anzeigen nach  
Uebereinkunft).

„Eingeladener“ und „Reklamier-“  
50 Pfg. die Zeile

Bei Wiederholungen  
sprechender Nachlässe

Tägliche Beilage:  
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Osttau, Porschtal, Postelwitz, Proßitz,  
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verleger oder der Vertriebsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Anzeigen-Aannahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Hansenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Moß; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 19

Bad Schandau, Donnerstag, den 13. Februar 1919

63. Jahrgang

### Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, Milch-, Nahrungsmittel- und Zuckerkarten

erfolgt

1. Donnerstag, den 13. Februar 1919,
  - a) vormittags von 9—12 Uhr  
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 1—60 D,
  - b) nachmittags von 2—5 Uhr  
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 61—120,
2. Freitag, den 14. Februar 1919,
  - a) vormittags von 9—12 Uhr  
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 121—200,
  - b) nachmittags von 2—5 Uhr  
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 201—264

im Wernerischen Grundstück am Vasteiplatz. Die Zeiten sind genau einzuhalten.  
Das Abholen der Karten hat nur durch Erwachsene zu erfolgen.  
Schandau, den 12. Februar 1919. Der Stadtrat.

### Lebensmittel betr.

Freitag, den 14. Februar:  
**Kohlrüben** — im Keller — Sebnitzerstraße — von nachm. 2—4 Uhr. Preis  
9 Pfg. das Pfund, es werden dabei auch ausgelesene Kohlrüben — zu Futter-  
zwecken geeignet — zu ermäßigtem Preise abgegeben.  
Schandau, den 12. Februar 1919. Der Stadtrat.

### Kohlenversorgung betr.

Freitag, den 14. d. M., vormittags von 8—12 Uhr, und nachmittags von  
1/2—5 Uhr, sowie Sonnabend, den 15. d. M., vormittags von 8—12 Uhr können  
belieft werden:  
Abschnitt 11 und nachträglich noch 9 der Bezirkskohlengrundkarte  
mit je 1 Ztr., desgleichen 13 und 14 der grünen Zusatzkarte mit je  
1/2 Ztr. Braunkohlenbriketts.  
Ausgabe bei Mertigs.  
Schandau, den 12. Februar 1919. Der Stadtrat.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles in der Beilage.)

### Reichspräsident Ebert.

Weimar, 11. Febr. In der heutigen  
Sitzung der Nationalversammlung wurde  
der Volksbeauftragte Ebert zum Präsi-  
denten der deutschen Volks-  
republik mit 277 Stimmen von  
379 Anwesenden gewählt. 51 Ab-  
geordnete enthielten sich der Ab-  
stimmung, 49 Stimmen fielen auf Graf  
Posadowsky, 2 Stimmen waren zer-  
splittert. Ebert nahm die Wahl  
danke an.

Drei Monate lang hat das Deutsche Reich, nach der  
erzwungenen Abdankung Wilhelms II. ohne Oberhaupt  
 dagestanden. Wir hatten eine vorläufige Regierung,  
 wir hatten aber keinen vorläufigen Regenten. Jetzt hat  
 das Vertrauen der Nationalversammlung Herrn Ebert  
 mit der Präsidentenwürde bekleidet und damit einen ein-  
 fachen Mann aus dem Volke an die Spitze des Reiches  
 gestellt.



Nicht als Herr und  
Gebietter seines Schick-  
sals, weder als abso-  
luten noch auch nur als  
konstitutionellen — die  
Zeiten sind vorüber, wie  
man annehmen darf,  
endgültig vorüber. Der  
wahre Souverain des  
deutschen Volkes ist und  
bleibt fortan die Natio-  
nalversammlung, und  
die Ausübung der Macht  
ist in vollem Umfange  
in die Hände der Reichs-  
regierung gelegt, die  
der Volksvertretung für  
ihre Taten und Lassen  
verantwortlich bleibt.  
Aber was unter solchen,  
von Grund aus verän-  
derten Zeitverhältnissen  
dem Reichsoberhaupt an  
Bedeutung verbleibt,

auch das soll auf einen echten und wahren Volksmann über-  
tragen werden, damit die Einheit des Fühlens und Denkens,  
die Geschlossenheit des Willens und Handelns unter allen Um-  
ständen gewahrt wird. So ist die erste Wahl eines Präsi-  
denten für den neuen deutschen Volksstaat auf den Führer  
der Sozialdemokratie gefallen. Ein Mann, dem selbst  
seine Freunde zwar keine überragenden Eigenschaften zu-  
erkennen, dessen unbedingte Zuverlässigkeit, dessen maß-  
volles Wesen, dessen selbstlose Uneigennützigkeit aber von  
allen, die ihn kennen, nach Gebühr geschätzt werden. Kein  
fürstlicher Glanz, kein höfisches Gepränge wird ihn um-  
geben, wenn er jetzt vom Plaze des Ministerpräsidenten  
auf den Sessel des Reichspräsidenten hinaufsteigt. Aber  
nach diesen äußeren Anzeichen von Macht und Ansehen  
trägt das deutsche Volk auch gar kein Verlangen mehr.  
Was es will, ist treue, redliche Arbeit zum Wohle des  
Landes; ein gutes Vorbild für Arm und Reich, für Hoch  
und Niedrig; eine sichere Bürgschaft für Freiheit, Gleich-  
heit und Brüderlichkeit, die wir bis jetzt vielfach nur auf  
dem Papier, nicht aber in der Wirklichkeit des Lebens  
besitzen. Präsident Ebert kennt dieses Sehnen des Volkes  
und er wird gewiß seine ganze Kraft dafür einsetzen, um  
ihm gerecht zu werden.  
Möge sein Wirken gesegnet sein, auf daß es uns

endlich den Ausblick eröffnet, in eine neue, in eine bessere  
Zukunft.

### Scheidemann Ministerpräsident.

Weimar, 11. Febr. Nach seiner Wahl zum Präsi-  
denten der deutschen Volksrepublik ernannte Ebert den  
bisherigen Volksbeauftragten zum Ministerpräsidenten und  
beauftragte ihn mit der Bildung eines Kabinetts. Scheide-  
mann ging sofort an die Ausführung des Auftrages, und  
es wird angenommen, daß spätestens morgen das Reichs-  
ministerium gebildet sein wird.

Weimar, 11. Febr. Die Zivilliste des neuen  
Präsidenten soll eine Million Mark jährlich betragen.  
Als Wohnung des Präsidenten wird das Schloß Bellevue  
in Berlin bezeichnet.

### Für unsere Kriegsgefangenen.

Weimar, 11. Febr. Der Nationalversammlung ist  
folgender von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter  
Antrag zugegangen:

„Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch  
gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen.  
Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurück-  
gegeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und  
Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen  
Kriegsgefangenen schnellig beendet wird. Die National-  
versammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der  
ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der  
Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den  
Gatten und Vater zurückzugeben, die jahrelang von den  
Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der  
Gefangenschaft erwarten.“

Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern  
jenseits der Grenze den Gruß der Heimat zu.

### Die Landbewirtschaftung der Zukunft.

#### Neusiedlung und Volksernährung.

Für die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung  
Deutschlands ist die Verordnung der Reichsregierung vom  
29. Januar von epochenmachender Bedeutung. Handelt es  
sich doch kurz gesagt darum, daß durch die Beschaffung von  
landwirtschaftlichem Siedlungsland eine Neuverteilung der  
landwirtschaftlichen Besitzverteilung geschaffen werden soll.  
Die große Masse von Menschen, die in der Industrie nicht  
Beschäftigung finden können, soll aufs Land abgeleitet  
werden, um dort im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb  
Deutschlands Nahrungsmittelmenge vergrößern helfen.

Der Kleinbetrieb holt mehr aus der Scholle heraus,  
als der Großbetrieb. Und das ist heute das Entscheidende  
für Deutschland. Die Vorteile, die der landwirtschaftliche  
Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb hat, kommen nur  
da zur Geltung, wo ein Staat mit erheblichem Reichtum  
und mit gleichzeitigem Mangel an Landarbeitern vor-  
handen ist. Heute aber, wo einerseits Landflucht, ander-  
seits Landhunger besteht, ist in erster Reihe die Befreiung  
dieser Erscheinungen nötig. Im Jahre 1913 wurde  
in der „Zeitschrift für Agrarpolitik“ festgestellt, daß der  
durch die Kolonisation geschaffene Kleinbetrieb für einzelne  
Kulturarten eine bessere Ausnützung des Landes (bis zu  
30%), eine Steigerung der Gesamternte bis zu 100%,  
ein Anwachsen der Viehbestände auf das zwei- bis drei-  
fache bewirkt habe. Dieselbe Fläche ernährt nach der  
Vestiedlung beinahe das Doppelte an Menschen und bringt  
trotzdem die weitüberlegene Marktleistung zuwege. Der  
nie rastende Fleiß des kleinen Eigentümers, die erhöhte  
Sorgfalt beim Ackerbau, namentlich bei der Futter-  
gewinnung und bei der Viehpflege, wirken Wunder.

Ferner aber mußten vor dem Kriege zur Bewältigung des  
Arbeitermangels von Jahr zu Jahr steigende Mengen  
ausländischer Arbeiter herangezogen werden. 1913 bis 1914  
betrug ihre Anzahl 437 000. Das fällt in Zukunft fort,  
weil die fremden Arbeitskräfte uns fehlen werden.  
Der bäuerliche Betrieb, der in den neuen Siedlungen ein-  
setzen wird, vermindert zweifellos die Zahl der nötigen  
Ländarbeitern und schafft zugleich durch genügend große  
Dauernanstellungen eines der besten Mittel gegen die Ab-  
nahme der Geburtenhäufigkeit. Großgrundbesitz und  
Domänen werden neben Moor- und Obldänereien zu  
diesem Zwecke herangezogen werden. Die alten und die  
neuen Luxusgüter müssen sich der volkswirtschaftlichen  
Zweckmäßigkeit anpassen und für die Volksernährung besser  
nutzbar gemacht werden. Die Zeit ist zu ernst, für Güter,  
die nur der Jagdpassion, dem Sommeraufenthalt oder gar  
der Unterbringung von Kriegsgewinnen dienen. Hier  
greift das neue Gesetz sowohl sozial wie ethisch wohl-  
tätig ein.

Die neue Verordnung zeigt ja nur den Weg, den die  
einzelnen Bundesstaaten gehen sollen. Sie schafft nur ein  
Rahmengesetz, das erst durch die Ausführungsbestimmungen  
Fleisch und Blut bekommt. Aber die gemeinnütigen  
Siedlungsunternehmungen, die es vorzieht, die Land-  
lieferungsverbände, in die es den Großgrundbesitz an-  
sammlert, und die neue Ländarbeitervorgänge, welche  
den ländlichen Tagelöhnern ein menschenwürdiges Dasein  
verbürgt, zeigen deutlich den Weg, den man gehen will.  
Es wird damit eine Forderung der Stunde erfüllt und  
verheißungsvolle Neuerungen für des Volkes Wohlfahrt  
angebahnt.  
Dr. K.

### Oertliches.

\* Nach dem Ausfall der Stadtverordnetenwahlen  
sind beide Listen gewählt, und zwar in der Weise, daß  
die Kandidaten der Liste 2 an 2. bez. 4. Stelle in die  
Liste 1 eingereicht werden.

\* Wie als selbstverständlich vorauszusetzen war,  
ist die Nachfrage nach Eintrittskarten zum Konzert des  
Philharmonischen Orchesters aus Dresden, welches mor-  
gen Donnerstag abend im „Schützenhaus“ unter Leitung  
„unseres“ Musikdirektors (wie wir ihn so gern nennen)  
G. Dubelowski veranstaltet wird, eine äußerst rege. Wer  
sich noch einen Platz anlässlich dieses bevorstehenden  
musikalischen Kunstgenusses sichern will, beeile sich. Die  
Karten für den 1. (numerierten) Platz sind bei C. Elzner,  
diejenigen für den 2. und 3. Platz bei C. G. Schönherr  
zu haben. Beginn des Konzertes: pünktlich 1/27 Uhr.

\* Elbsp. - Spende. Für die von den Franzosen  
ausgewiesenen Elbsp. - Lothringer, die ohne Habe mittellos  
dastehen, wird die Sammlung und die Tätigkeit der  
Elbsp. - Spende als Mitglied vom Hilfsbund für die Elbsp. -  
Lothringer im Reich eintreten. Alle diejenigen, welche  
Beiträge zugesagt haben, werden auch für weiterhin darum  
gebeten. Neue Beiträge sind sehr willkommen, denn die  
Not ist größer als gemeinhin angenommen wird. Konto  
Elbsp. - Spende bei der Deutschen Bank (Postcheckkonto  
Leipzig 4200), bei der Dresdner Bank und bei der all-  
gemeinen Deutschen Credit-Anstalt.

\* Feldpostverkehr der Grenzschutzgruppen. Von jetzt  
ab können an Angehörige der mobilen Grenzschutzgruppen  
postfreie Feldpostbriefe bis 50 Gramm gefandt werden;  
Schichtgewicht 275 Gramm, Porto 10 Pfennig. Auch porto-  
freie Postkarten sind zugelassen. Es können auch wieder  
Beitragssendungen im Feldpostbrief ausgeführt werden.

## Der Appetit auf Danzig.

Einen Augenblick lang war von Waffenstillstandsverhandlungen mit den Polen die Rede — aber auch nur einen Augenblick. Als man dem Blüthen ins Gesicht sah, zerplatzte es sofort wie eine Seifenblase, und hinter dem anscheinend so friedensbereiten Antlitz der Polenführer grinsten alsbald wieder die unverhüllte Raubgier hervor. Mit einer Geste der Entrüstung, der moralischen Verächtlichkeit zogen sie sich von den Verhandlungen zurück und hielten der Welt rundherum kund und zu wissen, daß sie nunmehr jeden waffenfähigen Mann zur Verteidigung ihres Volkes aufrufen würden. Für jeden Eingeweihten war es zwar längst kein Geheimnis mehr, daß sie auf diesem Gebiete bereits ganz Erledigtes geleistet hatten, zumal sie sich einen leibhaftigen polnischen Revolutionsgeneral aus Warschau verschrieben hatten, aber die Polen sind und bleiben nun einmal die verfolgte Unschuld; in keiner Rolle fühlen sie sich wohlster als in dieser, und auch darauf verstehen sie sich meisterhaft, den rechten Zeitpunkt für dieses Auftreten niemals zu veräumen. Sie sind ebenso gute Schauspieler wie Diplomaten; sind es von jeher gewesen.

Jetzt haben sie Wind davon bekommen, daß bei der diesmaligen Erneuerung des Waffenstillstandsvertrages von Marischall Koch die „Frage der polnischen Grenze“ auf Tapet gebracht werden soll. Wir rufen erstaunt: was ist da zu fragen? Unsere Grenze im Osten ist doch noch niemals zweifelhaft gewesen, weder vor dem Kriege noch während des Krieges? Und da der Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich von unserer Grenze vom 1. August 1914 spricht, so kann es doch hier wenigstens weder Streit noch Anklagen geben? Aber auch mit dieser Auffassung müssen wir uns wohl auf dem Holzwege befinden, und wir werden wohl in Trüer sehr bald eines anderen belehrt werden. Jedenfalls, in der Presse der Entente ist seit einigen Tagen auffallend viel von Danzig die Rede, von der Bahnlinie Danzig—Thorn, und selbst über die vollständige Räumung von Ostpreußen wird mit einer vollendeten Harmlosigkeit gesprochen, als wäre sie die unschuldigste Sache von der Welt. Damit haben die Polen das neue Stichwort erhalten, das sie brauchen. In Polen fühlen sie sich bereits so gut wie sicher; sie scheinen nicht zu fürchten, daß ihnen dieser durch Landesverrat erworbene Besitz noch jemals wieder streitig gemacht werden könnte. Mit Danzig und Westpreußen liegen die Dinge schon etwas schwieriger, da die eigenen Kräfte nicht so weit reichen, um auch diese Gebiete durch festen Handstreich zu nehmen. Hier soll die Entente ihr Wegbereiter sein. Aber unser schönes deutsches Danzig sollen die Lebensmittelforderungen geleitet werden, die von den Westmächten für die Polen unterwegs sind. Das gibt einen bequemen Vorwand. Man braucht nur die Sicherheit der Transporte in Frage zu stellen, um das Recht zur Einmischung zu gewinnen. Schon muß auch — leider Gottes — die dortige Eisenbahndirektion erklären, daß die notwendigen Wachmannschaften zum Schutze der in einer Woche erwarteten ersten drei Dampfer an Ort und Stelle nicht vorhanden sind. Das Generalkommando hat daher um amerikanische Truppen gebeten, sich aber einen Korb geholt: dieser Schutz sei Sache der deutschen Regierung, die für jeden Verlust unbedingt aufzukommen habe. Also was tun? Mit Soldatenräten allein, an denen wahrscheinlich auch in Danzig kein Mangel ist, kann man militärische Aufgaben, selbst so geringfügiger Natur doch nicht lösen. Bleibt nur die Überweisung zuverlässiger Truppen von außerhalb nach Danzig, zu der die Reichsleitung sich unter diesen Umständen wohl wird entschließen müssen. Aber im Hintergrunde lauert ganz offensichtlich eine feindliche Bestrebung des prächtigen Disziblen. Die Polen brauchen ihn für ihre Zwecke — also müssen sie ihn bekommen. Kann es eine durchschlagendere Begründung geben? Mit der gleichen „Rechtfertigung“ sind die Franzosen über das Saarbecken hergefallen, erheben die Tschechen Anspruch auf die Grafschaft Glatz und das Waldenburger Kohlenrevier. Daß Danzig eine zu 98 % deutsche Stadt ist, läßt sich freilich nicht bestreiten; aber das ist ein Umstand, dem, wenn es erst auf Polen gehört, schon nach Kräften abgeholfen werden wird. Das ist der Standpunkt unserer Feinde — und kein Protekt, keine papierne Resolution wird sie von der Unrechtmäßigkeit ihrer Forderungen überzeugen. Für sie gilt — einstweilen wenigstens immer noch — die Macht und nicht das Recht.

Graf Brochdorff-Ranzau hat soeben wieder in einer sehr entschiedenen und sehr würdigen Note unser Recht auf die Ostmark gewahrt. Wir wollen abwarten, welchen Erfolg er damit haben wird. Es ist aber die höchste Zeit, daß auch die Nationalversammlung endlich ihre Stimme für Polen und Westpreußen erhebt.

## Schwere Gefechte bei Rafel.

Polnische Bestialitäten.

Den Schutz der Stadt Rafel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligenkorps Brzessow übernommen, welches am 5. Februar Berlin verlassen hat. Das Korps sichert augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in enger Fühlung mit dem Feinde, welcher über gut ausgebildete, wohlbesoldete Infanterietruppen verfügt. Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz, doch erwidert die Artillerie des Freikorps ununterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen. Die Ostbahnlinie ist auf das schwerste bedroht, wenn es den Polen gelingt, Rafel einzunehmen.

Das Verhalten der Polen, selbst Verwundeten gegenüber, ist von viehischer Rohheit. In einem Gefecht bei Rosko, das bei dem Korps Brzessow über 100 Mann Verluste forderte, haben die Polen selbst Krankenträger und Verwundete in bestialischer Weise niedergemacht.

Sturm auf Barne und Zarnowka.

Beim N. O. sind werden von allen Abschnitten Zusammenstöße mit den Polen gemeldet. Bei Nawitsch wurde der beabsichtigte Gegenangriff auf die noch in Feindeshand verbliebenen Dörfer Barne und Zarnowka mit Erfolg durchgeführt. Beide Dörfer wurden durch das Jägerbataillon Kirchhain und das Pionierbataillon 5 unter Mitwirkung von Begleitbatterien und Behelfs-Banzergügen genommen. Reudorf, Mirosław und Sphendor wurden von uns besetzt. Bei Margonim erfolgte erfolgreiche Patrouillengefächte. Der Neke-Brückenkopf bei Steinburg südlich Rafel wurde von den Polen genommen. Südwestlich Bromberg wurden unsere Truppen hinter den Oder-Neke-Kanal zurückgenommen. Feindliche Versuche, beiderseits der Straße Nebewald—Bromberg den Kanal zu überqueren, scheiterten.

## Deutscher Protest an die Entente.

Das deutsche Auswärtige Amt hat an die Alliierten eine Note gerichtet, in der mit Entschiedenheit gegen das Verhalten der Polen protestiert wird. In der Note heißt es: „Ihrerseits hat die deutsche Regierung nie beabsichtigt, gewaltsam gegen Reichsangehörige polnischen Stammes vorzugehen. Es ist bekannt, daß es die polnischen Bewohner der preussischen Ostprovinzen gewesen sind, die zum Teil unter Bruch ihres Fahnenreißes die Waffen gegen die Regierung erhoben und Staatsbehörden abgesetzt haben. Gegen solche aufrührerischen Angriffe vorzugehen, muß sich die deutsche Regierung so lange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet entfernt sind. Bis zur Entschreibung der Friedenskonferenz lehnt Deutschland eine Weisung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesen Gebieten ab.“

## Die Tschechen und das Sudetenland.

Prag. Die tschechoslowakischen Delegierten in Bern veröffentlichten eine Erklärung, in der sie die Forderungen der deutschen Delegierten nach Anschluß des Sudetenlandes zum Deutschen Reiche ablehnen und sagen, daß Sudetenland seit tausend Jahre ein Teil des tschechischen Staates (?) gewesen. Es wohnen zahlreiche Tschechen daselbst. Die Gegend sei nur durch brutale Gewalt nach und nach germanisiert worden. Das deutsche Volk habe seinen eigenen Staat, das Deutsche Reich. In den böhmischen Ländern wohnen nur 4 Prozent des gesamten deutschen Volkes in dem sogenannten Sudetenland leben aber 7 Prozent der ganzen tschechischen Nation. Die Internationale kann nicht zustimmen, daß diesen 4 Prozent des großen Volkes zuliebe 7 Prozent der kleinen Nation vergewaltigt werden. Die Internationale kann nicht zustimmen, daß das sogenannte Sudetenland an Deutschland und mit ihm an Deutschland angliedert wird. (L. N. N.)

## Deutsche Nationalversammlung.

(4. Sitzung.) OB. Weimar, 10. Februar.

Der Beginn der heutigen Sitzung, in der die Aussprache über die zu schaffende Notverfassung begann, stand unter dem Eindrucke der vorhergegangenen Fraktions- und Parteiverhandlungen. Allem Anschein nach haben alle Beratungen zu keinem anderen Resultat geführt, als daß es möglicherweise bei der Besetzung aller drei Präsidentsenposten durch Mehrheitssozialdemokraten bleibt. Jedenfalls bestehen die Sozialdemokraten darauf, daß zum Mindesten der Reichspräsident und der Ministerpräsident ihren Reihen entnommen wird. Sollten sie, was noch nicht sicher erscheint, Dr. David vom Amte des Präsidenten der Nationalversammlung zurückziehen, so beantragen sie dafür eine Entschädigung in anderer Form. Auf dieser Grundlage ruhen bei Sitzungsöffnung die Ansichten und Meinungen.

Es ist möglich, daß sich bei dieser Sachlage eine wechselnde Arbeitsmehrheit bildet, d. h. einmal ein Zusammengehen von Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Demokraten, im anderen Falle das gemeinsame Arbeiten des Zentrums mit diesen beiden Parteien oder vom Zentrum mit Sozialdemokraten allein.

Jedenfalls soll sich heute eine Mehrheit dahin geeinigt haben, den Paragraph 4 der Notverfassung, Zuständigkeit von Reichs- und Bundesstaaten, bestehen zu lassen unter einigen Abänderungen, und die Souveränität der Nationalversammlung nur insoweit einzuschränken, daß zu Gebietsänderungen im Reiche die Zustimmung der Bundesstaaten erforderlich ist. Im wesentlichen kann man also auf baldige Verabschiedung der Notverfassung rechnen. Die Deutsche demokratische Partei will einen Antrag einbringen, nach dem nach Annahme der Notverfassung nur noch ordnungsgemäß beschlossene Reichsgesetze wirksam sein sollen. Dadurch soll die wilde Gesetz- und Verordnungs-macherei, wie sie vielfach in den NSRäten beliebt wurde, unmöglich gemacht werden.

## Die Notverfassung.

Die Arbeiten der Nationalversammlung.

ml. Weimar, 11. Februar.

Der heutige Tag war ein vielversprechender Auftakt für die praktischen Arbeiten der Nationalversammlung. Die heutige Präsidentenwahl in Verbindung mit der gefälligen Annahme des Notverfassungsgesetzes hat dem Reiche eine feste Grundlage gegeben, hat die verfassungsmäßig verantwortlichen und vor allem die verhandlungsfähigen Faktoren sichergestellt — die Übergangszeit mit ihren Gefahren des augenblicklichen Bedarfs ist beendet, der Verordnungs-freudigkeit mancher NSRäte ist ein Damm gesetzt worden. Und was besonders erfreulich an der gestrigen Sitzung ist, daß die Versammlung, trotz mancher Bedenken und mancher Einsprüche schließlich einstimmig beschloß, daß die eben angenommene Verfassung sofort in Kraft treten solle. In diesem ersten Augenblick sah die Welt zum erstenmal seit dem 4. August 1914 das ganze deutsche Volk vertreten durch seine Erwählten einig. Das wird seinen Eindruck auf das Ausland nicht verfehlen.

Auf lange grundsätzliche verfassungsrechtliche Auseinandersetzungen konnte das Haus um so eher verzichten, als es sich bei dem zur Beratung stehenden Gesetz wie erwähnt nicht um die endgültige Reichsverfassung, sondern nur um die Schaffung einer vorläufigen Reichsgewalt handelt. In der allgemeinen Aussprache befrähten sich die Parteien daher auf kurze Erklärungen, in denen sie trotz mancher Bedenken im einzelnen unter Hinweis auf unsere schwierige innere und äußere Lage und unter besonderer Berücksichtigung des unmittelbar bevorstehenden Beginns der neuen Waffenstillstandsverhandlungen ihre Zustimmung zu der Vorlage erklärten. Diese Parteierklärungen wurden mit lauten Beifalls- und Jubelgeräuschen begleitet, denn aus ihnen ging, trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen, der feste Wille aller großen Parteien hervor, sich auf dem Boden der neuen Ordnung zu gemeinsamer Arbeit im Dienste unseres Volkes zusammenzufinden.

Zwei Ausnahmen waren zu verzeichnen. Einmal war es der bayerische Bauernbündler Dr. Heim, der im Gegenatz zu der Mehrheit des Zentrums sich gegen den Entwurf erklärte, und außerdem kämpfte die äußerste Linke unter der Führung der Herren Haase und Dr. Cohn gegen den Entwurf, den sie mit einer Fülle schwieriger

und auf alle Fälle einer gründlichen Durchberatung bedürftiger Änderungen zu beenden suchten. Herr Cohn, der im übrigen sehr ruhig sprach, machte in seinem Ansturm gegen den Entwurf einmal ein recht gefährliches Angebot, indem er sagte, „ich möchte meinen Kopf dafür einsetzen, daß die Vaterschaft...!“ Wie aus der Pistole geschossen, liegt hier der Zwischenruf aus dem Hause: „Der mit dem Kopf!“ in die schöne Konstruktion des Redners, und er kann seinen Satz im anschwellenden Gelächter nicht beenden. Es ist auch nicht vorzuziehen, denn die Mehrheit bleibt trotz des Cohnischen Selbstauferopferungsversuchs fest in der Erwägung, daß im jetzigen Augenblick alles darauf ankommt, schnelle Arbeit zu leisten.

Zu einer längeren Aussprache führte lediglich ein Antrag der Union, der schon in dem jetzigen Notgesetz die Abschaffung aller Geheimverträge auszusprechen wollte. Das ganze Haus war sich einig in dem Ziel, daß dieser Antrag verfolgt, nämlich in der Beseitigung der Geheimdiplomatie. Aber das kann, soll das Deutsche Reich nicht durch einen voreilig und einseitig gefaßten Beschluß ungünstiger gestellt werden als irgendein anderes Land, nur in der Weise geschehen, daß durch den Völkerbund allen Staaten der Abschluß von Geheimverträgen untersagt wird. Diesen einzigen Weg schlägt der Entwurf der Regierung ein und ihn trat auch die überwältigende Mehrheit des Hauses bei.

Gemäß ihrer wiederholten Forderung legte die bisherige Regierung nach Annahme des Verfassungsentwurfes mit einer Erklärung des Volksbeauftragten Scheidemann ihre Mandate in die Hände der Nationalversammlung. Auf Wunsch des Hauses führen die Volksbeauftragten die Geschäfte weiter bis zur Ernennung der neuen Regierung, die wahrscheinlich noch heute vom Reichspräsidenten vollzogen werden wird. Heute steht lediglich die Wahl des provisorischen Reichsoberhauptes auf der Tagesordnung. Man ist sich darüber einig, daß Eberts Wahl schnell vollzogen wird, damit das neue Reichsoberhaupt noch heute die verfassungsmäßige Regierung berufen kann. Herr Scheidemann, der das Kabinett zu haben haben wird, dürfte schnell damit zustande kommen, da die Verhandlungen der Parteien zu einer vollen Einigung über die Amterbesetzung geführt haben. Die Nationalversammlung arbeitet in der Tat vorbildlich.

## Landwirte, gebt acht auf die gefüllten Scheunen!

## Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Das neue Abkommen.

Berlin, 10. Februar.

Nach längeren Beratungen ist in Spa ein Abkommen unterzeichnet worden betreffend die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, dessen hauptsächlichster Inhalt folgender ist:

Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorkehrungen treffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Ritten kondensierter Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden.

Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt.

In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen, 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Getreide und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Endlich ein Anfang! Das ist aber auch alles, denn erstens ist es nicht viel, was geliefert wird und dann dürfte es wohl das teuerste Fett und die teuerste Milch werden, die wir jemals zu bekommen haben.

Wenig, aber teuer!

30 000 Tonnen Schweinefleisch klingt sehr nett, legt man aber der Verteilung eine Bevölkerungsziffer von 60 Millionen zugrunde, so entfällt auf den Kopf genau ein Pfund Schweinefleisch bzw. Fett. Die 250 000 Ritten kondensierte Milch dürften rund 12 Millionen Dosen enthalten, macht also auf je fünf Deutsche oder etwa auf die Familie eine Dose aus. Im übrigen ist das aber auch nur Statistik, denn nicht jeder bekommt davon, sondern nach den Bestimmungen nur die bedürftigen Bevölkerungsschichten, denen also höhere Nationen verabschiedet werden.

Keine Schwächung des Goldbestandes.

Die Feinde sichern sich und wollen von unseren minderwertigen Banknoten nichts wissen, weshalb sie ausdrücklich Bezahlung in Gold oder ausländischen Devisen fordern. In dessen hat sich unsere Reichsbank auch vorzusehen und es wird durch diese Vereinbarung, wie von maßgebender Seite erklärt wird, eine nennenswerte Schwächung des Goldbestandes der Reichsbank nicht eintreten. Bei der Bezahlung der Lebensmittel in Gold handelt es sich nur um relativ geringen Betrag. Der Hauptgegenwert für die Lebensmittel wird in Wertpapieren neutraler Staaten bezahlt werden.

Der vorstehende Bericht über das Abkommen betr. Lebensmittellieferungen ließ berechtigte Hoffnungen aufleben. Diese werden aber leider durch nachfolgende Meldung zunichte gemacht.

## Noch keine Lebensmittel.

Die Entente macht neue Schwierigkeiten.

Berlin, 11. Februar.

Die Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfallig in Spa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen blieben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor höchst unsicher.

## Neue Forderungen der Entente.

Herabsetzung des deutschen Heeres auf 25 Divisionen.  
Zürich, 10. Februar.

Wie die neue Korrespondenz meldet, fordern die neuen Waffenstillstandsbedingungen der Entente die Herabsetzung der deutschen Armee auf 25 Divisionen. Nach derselben Quelle soll sogar die Ablieferung der gesamten Artillerie verlangt werden, doch klingt der letztere Punkt sehr unwahrscheinlich.

Die Frage der Besetzung weiteren deutschen Gebietes ist, wie Bichon erklärt, noch nicht entschieden. Im übrigen scheinen die Verhandlungen zwischen den Alliierten auf Schwierigkeiten zu stoßen, da trotz der Abreise Lord Georges nach London noch eine neue Sitzung abgehalten wurde, in der man auch die Blockadefrage besprach.

## Völkchewisismus und Demokratie.

Von der Sozialistenkonferenz.

Bern, 11. Februar.

Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz legte Branting eine Entschließung vor, in der es heißt: Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, die auf der Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung der Betriebe muß planmäßig erfolgen; die willkürliche Übernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Eine sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teils des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich.

Der Hungertod des Proletariats.

Der deutsche Sozialist Bernstein erklärte auf der Konferenz unter allgemeinem Beifall, für England und Frankreich sei der Völkchewisismus nur eine theoretische Frage, für Deutschland aber eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Republik abhängen. Der Völkchewisismus könne nicht mit dem Proletariat und der Revolution identifiziert werden. Bernstein ist erkrankt, daß die Internationale nicht darauf hinweise, daß die Völkchewisten alles getan hätten, was die reaktionärste Regierung nicht getan habe. Der Völkchewisismus sei der Tod der Errungenschaften der Revolution. Das hätten die eigenen Berichte der Völkchewisten erkennen lassen. Der Völkchewisismus habe die Korruption in Rußland eingeführt und wolle sie auch in die Internationale einführen, wie er es schon in Deutschland getan habe. Der Sozialismus dürfe in keiner Weise mit dem Völkchewisismus zusammenarbeiten, da er, und das gelte besonders für das industriereiche Deutschland, den Hungertod des Proletariats bedeuten würde.

## Die Russen dicht bei Memel.

Schandtat in Baltikum.

Königsberg, 11. Februar.

Die Völkchewisten haben das östlich von Memel gelegene Telsze genommen. Die Stadt wurde von einer 200 Mann starken Abteilung mit Maschinengewehren besetzt. Weitere 4000 sollen anrücken. Die Völkchewisten von Rudnicki und den Dörfern der Umgebung wurden geschlossen zum Einmarschieren nach Schaulen transportiert. Die Völkchewisten erließen Manifeste, die besagen, daß in Litauen der Völkchewisismus genau so eingeführt werde wie in Rußland. In Bausk, nordöstlich Memel, rückte das dritte lettische Bataillon ein. Feindselig gestimmte Personen der Umgebung wurden verhaftet und nach Bausk geschleppt. Die Pfarrer Bielenstein aus Altraden und von Wloch aus Peterhof wurden erschossen. In Eiken wurden 123 wohlhabende deutschsprechende Leute festgenommen. 63 von ihnen sollen am nächsten Tage in Bausk erschossen werden sein. Auch mehrere Letten, die während der deutschen Besetzung das Amt des Gemeindevorstehers verließen, wurden erschossen. Die Truppen überließen sie feien von Lenin gefickt, um sich mit der deutschen Spartakusgruppe zu vereinigen.

## Unsere Gefangenen in Rußland.

Im ganzen 45000 Mann.

Berlin, 11. Februar.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, beträgt die Anzahl der jetzt noch in Rußland befindlichen deutschen Gefangenen 45000. Davon befinden sich 40000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und 16000 Mannschaften. Der Rest besteht aus Zivilgefangenen. In die „Rote Garde“ sind mehrere tausend Deutsche eingetreten, teils aus Sympathie für die bolschewistischen Bestrebungen, teils aus Not und Hunger oder auch durch die Lockung der hohen Löhne. In den nichtbolschewistischen Teilen Rußlands werden die deutschen Gefangenen rücksichtslos behandelt und für weitgehende Fürsorge wird auch von der Heimat aus Sorge getragen. Das amerikanische Rote Kreuz bemüht sich um die Vermittlung schriftlicher Berichte. Aber die Entsendung von deutschen Vertretern zur Gefangenenfürsorge scheitert Verhandlungen.

Über die Anzahl der nach Japan entlassenen deutschen Gefangenen will die Schweiz Ermittlungen anstellen, mit Japan hat sich eine entsprechende Vereinbarung bisher nicht erzielen lassen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

➔ **Verschiebung der Waffenstillstandsverhandlungen.** Die Bemühungen der deutschen Waffenstillstandskommission, jetzt schon in die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes einzutreten, sind gescheitert. Von Seiten der Entente wurde erklärt, Marschall Foch werde wahrscheinlich am 15. Februar in Trier eintreffen, es sei aber auch noch Zeit genug, am 17. Februar in die Verhandlungen einzutreten.

➔ **Gefährliche Lage in Danzig.** Die politischen Verhältnisse in Danzig und ganz Westpreußen haben sich bedenklich zuspitzt. Die immer ernster werdende Polenfrage, die Kohlennot und die Frage der Neuordnung der Kommandogewalt haben die Spannung der Gemüter aufs äußerste getrieben. Die Arbeiterschaft der Eisenbahnwerkstätten drohen mit Sturm auf den Hagelsberg, wenn die dort gebildete Studentenvorhut nicht sofort aufgelöst wird und mit Eisenbahnstreik in ganz Westpreußen. Die Neuordnung der Kommandogewalt lehnen die NSRäte der Provinz ab und bleiben im dauernden Gegensatz zum Generalkommando in Fragen des Grenzschutzes.

➔ **Ein protestierender Soldatenrat.** Der Generalsoldatenrat des 7. A. R. in Münster will die Verfügung der Regierung über die Kommandogewalt nicht anerkennen. Er erklärt, die Kommandogewalt liege in den Händen des Generalsoldatenrates. Einziehungen dürfen nicht mehr erfolgen. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Vor Ausführung der Verfügungen im Armeeverordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korps-Verordnungsblattes abzuwarten. Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden; jede Werbestätigkeit ist zu unterbinden. Die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. Der kommandierende General des 7. Korps hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Beschlüsse des Generalsoldatenrats gebeten. Dieser militärische Schutz ist in Münster eingetroffen.

➔ **Kein Reichssoldatenrat.** In der Sitzung des Berliner Zentralrats wurde unter anderem ein Schreiben der Delegierten der Korps-Soldatenräte beraten, in welchem eine große Anzahl Forderungen formuliert waren, vor allem die Schaffung eines Reichs-Soldatenrats, die der Zentralrat in dieser Form als undurchführbar ablehnen mußte.

➔ **Der preussische Verfassungsentswurf** ist nunmehr fertiggestellt und wird der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Der Entwurf sieht ein Einkammersystem und einen besonderen Staatspräsidenten vor. Er ist auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaut und enthält alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes ist.

➔ **Frankreichs Vojorgnis vor dem neuen deutschen Heer.** Auf eine Anfrage über die Erneuerung des Waffenstillstandes erklärte der französische Minister Bichon, die Lage sei ernst. Das deutsche Heer sei ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Im übrigen weigerte er sich, nähere Angaben zu machen.

➔ **Eichhorn in Braunschweig.** Nach Meldungen Berliner Blätter hält sich der ehemalige Berliner Polizeipräsident Eichhorn in Braunschweig auf und wohnt im dortigen Schloß. Die Braunschweiger Regierung soll ihm ein Asylrecht gewährt haben. In Berliner Spartakistenkreisen mißt man Eichhorn die Schuld an dem Fehlschlagen des Putzsches bei, da er die Ereignisse überkürzt habe.

➔ **Vethmann-Hollweg und die Auslieferung des Kaisers.** Der ehemalige Reichskanzler veröffentlichte eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß er selbstverständlich die Verantwortung für alle Handlungen des Kaisers trage und sagt: „Ich lehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Selbstverständlich nehme ich dabei in Anspruch, daß meine staatsrechtliche Verantwortlichkeit für die politischen Handlungen des Kaisers auch von einem neutralen Staatsgerichtshof zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht wird.“

➔ **Bremerhaven kampfflos besetzt.** Die Besetzung von Bremerhaven ist in der Nacht kampfflos durchgeführt worden. Widerstand wurde an keiner Stelle geleistet. Von den Angehörigen der Minenbootsflottille wurden etwa 80 Mann festgesetzt. Der Führer des Soldatenrats Armoort ist festgenommen.

➔ **Das Reichskolonialamt bleibt!** Die Nachricht, daß das Reichskolonialamt aufgelöst und als Unterabteilung dem Auswärtigen Amt angegliedert werden solle, trifft nicht zu. Es wird an ausländischer Stelle ganz im Gegenteil mit fester Zuversicht erwartet, daß dem Kolonialamt auch für die Zukunft ein großes Arbeitsfeld gesichert bleibt.

➔ **Sturz des alten Soldatenrats in Kiel.** Das 1. Seebataillon in Kiel hat einstimmig auf Grund der Vorkommnisse der vergangenen Woche den bisherigen Soldatenrat abgesetzt und einen neuen Soldatenrat gewählt, der ebenso wie das Seebataillon treu hinter der Regierung steht. Zwischen dem Obersten Soldatenrat in Kiel und den NSRäten der einzelnen schleswig-holsteinischen Kreise schweben Verhandlungen über einen Ausbau der Kieler Sicherheitstruppe zu einer Einheitstruppe für ganz Schleswig-Holstein.

➔ **Graf Posadowski und die Sozialisierung.** In einer Unterredung erklärte Graf Posadowski über den Standpunkt der Deutsch-Nationalen, daß diese Anhänger des privatwirtschaftlichen Systems seien. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes in viele Kleinlücken würde enorme Schwierigkeiten machen, zahllose Chauffen und andere Verkehrseinrichtungen fordern — eine Arbeit, die in einem Vierteljahrhundert nicht bewältigt wäre und sich unter den gegenwärtigen Umständen von selbst verbiete.

### Österreich.

➔ **Begeisterte Kundgebungen für Deutschland.** In großen Massenversammlungen zu Wien sprachen sich sämtliche Redner unter begeistertem Beifall der Anwesenden für den Anschluß an Deutschland aus. Die großdeutsche Idee sei Gemeingut des deutschen Volkes in Österreich geworden. Besonders eindrucksvoll war die Kundgebung der deutsch-nationalen Studentenschaft Wiens. Sie schworen dem neuen Deutschland ewige Treue.

### Polen.

➔ **Die Wahlen zur Konstituante** haben folgendes Ergebnis in Kongresspolen gehabt: Erklärte Anhänger der Nationaldemokratie 16 — andere nationalistische Vertreter, die mit der Nationaldemokratie zusammengegangen sind, 91 — der nationale Arbeiterbund 8 — die Arbeitergruppe des Geistlichen Wlzyński 11 — die völksparteiliche Gruppe Witos 2 — Wilsa 8 — die Volkspartei der Thugutis 32 — die P. P. S. 13 — Juden 8 — Deutsche 2.

### Rumänien.

➔ **Demonstration gegen den König.** In Bukarest fanden erneut Demonstrationen der Arbeiterschaft statt, die einen durchweg revolutionären Charakter trugen. Als der Strom der Masse in die Victoriastraße einbog, fuhr der König im Automobil vorbei. Die Demonstranten warfen mit Steinen nach dem Auto und schrien: „Nieder mit dem Wüstling! Hoch die Republik! Es lebe die befreiende Kraft des Proletariats!“ Erst als Truppen einschritten, gelang es, die Massen auseinander zu treiben.

### Schweiz.

➔ **Sozialistenkonferenz und deutsche Kolonien.** Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern lenkte der Franzose Renaudet die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien. Das deutsche Volk habe sein Kolonialreich nötig, und infolgedessen müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluß ausgeübt werden.

Wels (Deutschland) erbat die Unterstützung des Kongresses für die schleunige Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Der Gedanke moderner Sklaverei müsse in den Kreisen der Arbeiter aller Länder Erbitterung und Erregung hervorrufen. Eisner sprach den Deutschen das Recht ab, in der Gefangenenfrage einen Protest zu erheben.

### Belgien.

➔ **Deutschland soll 10 Milliarden bezahlen.** Belgien verlangt von Deutschland eine Entschädigung von 10 Milliarden. Man beschäftigt sich augenblicklich schon mit der Möglichkeit, vorher einen Teil dieser Schuld auszunutzen. Es wird die Ausgabe einer Anleihe von einer Milliarde in Belgien und einer anderen in gleicher Höhe in den Vereinigten Staaten in Aussicht genommen. Man will für die Anleihe nicht den Schluß der Pariser Konferenz abwarten.

### Großbritannien.

➔ **Soldatenaufstände in London.** In den letzten Tagen fanden in London mehrfach Soldatenkrawalle statt, an denen über 10000 Urlauber und Soldaten, die sich infolge ihrer Dienstentlassung in London aufhielten, teilnahmen. Die Soldaten konnten infolge des Ausstandes der Arbeiter der Untergrundbahn nicht weitertransportiert werden. Eine Anzahl, ungefähr 250 Personen, zog unter Drohungen nach der Wellington-Kaserne. Neun Anführer sind verhaftet worden.

### Frankreich.

➔ **Ein Oberster Blockaderat** ist von der Entente geschaffen worden und besteht aus 5 Mitgliedern, je einem für Amerika, Italien, Frankreich und zwei für England. Dieser Rat hat alle die Fragen zu behandeln, die die Einfuhr von Rohstoffen für neutrale oder feindliche Mächte betreffen. Er ist eine Art Gegenstück zum Obersten Kriegsrat der Alliierten.

### Aus In- und Ausland.

**Berlin.** Die in die Presse gelangte Mitteilung von der Vorbereitung eines Alkoholgesetzes beruhte auf einem Mißverständnis.

**Graudenza.** Infolge eines geplanten Angriffs der Elbinger und Danziger Spartakisten auf den Marienburger Bahnhof, wo das Wasserwerk gesprengt werden sollte, traten die Marienburger Bahnbeamten in den Streik.

**Erfurt.** Bei den Durchsuchungen nach Waffen wurden neben zahlreichen Gewehren und Revolvern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden.

**Kölnberg.** Das Große Hauptquartier ist nunmehr nach hierher verlegt worden.

**Weimar.** Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250000 Mann betragen.

**Zürich.** Bei den Wahlen zur Bürgererschaft errangen die Sozialdemokraten von 80 Sitzen 42. Auf die Demokraten entfielen 29, auf die Deutschnationalen 6 und auf die mit den Deutschnationalen verbundenen Landbewohner 3.

**Paris.** Laut Angabe des Kriegsrates sind vom Jahre 1914 bis 1918 41 französische Generale getötet worden.

**Graz.** 600 Mann eines kroatischen Regiments, welche von Spielfeld zum Angriff gegen Radfersburg transportiert werden sollten, meuterten mit der Erklärung, daß sie in diesem Gebiet nichts zu suchen hätten.

**London.** Laut einem Exchangelotelegramm aus Kopenhagen hat die bolschewistische Regierung beschlossen, alle männlichen Personen in Rußland, gleichgültig welcher Nationalität, der Roten Garde einzuverleiben.

## Aus Stadt und Land.

➔ **Bund zum Schutze Wilhelms II.** Ueber ganz Deutschland ist der Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. verbreitet. Auch in Dresden wurde eine Zweigstelle gegründet, an deren Spitze Frau Margarete Dorn vom Flottenbund deutscher Frauen und Geheimrat Schulz stehen. Die Schirmherrschaft soll auf Wunsch des Prinzen Heinrich Generalfeldmarschall v. Hindenburg übernehmen.

➔ **Zusammentritt der sächsischen Volkskammer.** Die sächsische Volkskammer soll am 25. Februar zusammentreten.

➔ **Der Vollzugsausschuß des sächsischen Landes- Arbeiter- und Soldatenrats** hat sich, wie die Dresdner Volksztg. mitteilt, mit dem Entwurf einer Sozialisierungsdenkschrift beschäftigt, die in seinem Auftrag von Hermann Kranold-Chemnitz (in Verbindung mit Dr. Otto Neurath und Wolfgang Schumann) ausgearbeitet wurde und dem Gesamtministerium der Republik Sachsen vorgelegt werden soll. Der Vollzugsrat hat die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, um der Öffentlichkeit zu ermöglichen, sich vorher mit dem wichtigen Dokument bekannt zu machen.

➔ **Im Anschluß an die Mitteilung, daß das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin SW. 11, Abgeordnetenhaus, Briefe und Postkarten zur Weiterbeförderung durch einen Offizier an unsere in Rumänien zurückgehaltenen Landsleute annimmt, gibt der Landesauschuß des Roten Kreuzes hierdurch bekannt, daß außerdem Postkarten für deutsche Kriegsgefangene in Rumänien in einem offenen Briefumschlag mit der Adresse: „An den amerikanischen Oberleutnant Herrn Barbour, Nordhotel, Breslau“, zur Uebermittlung gesandt werden können.**

➔ **Gegen die Tanzjuden.** Der Arbeiterrat Schweinfurt hat, um der auch in Schweinfurt überhandnehmenden Tanzucht energisch zu begegnen, beschlossen, den Stadtmagistrat wie auch das Bezirksamt zu ersuchen, öffentliche Tanzveranstaltungen überhaupt zu verbieten, die Tanzkurse zu überwachen und Tanzabende nur an einem Tage der Woche zu gestatten, ferner die Tanzlehrer zu verpflichten, vor Beginn des Tanzkurses ein Verzeichnis der Schüler beim Magistrat einzureichen.

➔ **Auch ein Zeichen der Zeit.** Im „Generalanzeiger“ von Obernhau ist folgende Anzeige des Schuldirektors Förster zu lesen: „Suche für 3 Mädchen und für 1 Knaben, die schon seit Wochen wegen Kleidermangels die Schule nicht besuchen können, passende Kleider und Schuhe, gewünschtenfalls auch gegen eine entsprechende Entschädigung.“

—\* Die im Bezirke der Kreishauptmannschaft Dresden wohnenden Handwerker, welche sich der Meisterprüfung im Sinne § 133 der Gewerbeordnung im bevorstehenden Frühjahr unterziehen wollen, werden darauf hingewiesen, daß sie ihr Gesuch um Zulassung zur Prüfung bis zum 15. Februar an die Geschäftsstelle der Gewerbekammer Dresden, Grunaer Straße 50, einzusenden haben.

—\* Zur Ostarmee sind am Sonnabend, dem 8. Febr., 250 Deutschösterreicher als Freiwillige, welche durch den Deutschösterreichischen Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden angeworben wurden, abgegangen. Bei der Ostarmee befinden sich bereits ca. 1000 Deutschösterreicher, welche aus Dresden abgehen.

—\* Fette Dividenden gibt die Freiburger Papierfabrik und die Sächsische Kartonnagen-Maschinen-Aktiengesellschaft. Jene wirft 14 Proz. und diese 20 Proz. aus. — Für Druckpapier ist erst dieser Tage eine neue Preiserhöhung erfolgt; Zeitungspapier kostet jetzt das Dreifache wie in Friedenszeiten.

**Krippen.** Bei der Gemeindevertreterwahl wurden 6 Vertreter wieder- und 6 neugewählt.

**Hohnstein.** Nach heftigem Wahlkampfe, der teils in der „Hohnsteiner Zeitung“, teils in einer, freilich viel zu spät einberufenen Versammlung ausgefochten wurde, fanden Sonntag die Stadtverordnetenwahlen statt. Trotzdem betrug die Wahlbeteiligung nur etwa 50 Prozent. Gewählt wurden Gasthausbesitzer Ewald Richter, Fabrikbesitzer Kurt Dietrich, Kantor Richard Polster, Schmiedemeister Hermann Frißche, Verwalterin Margarete Frißche, Oberregierungsrat a. D. Freund, Schneidemeister Robert Geißler, Stellmachermeister Gustav Molle und Arbeiter Reinhold Hillme. 5 von ihnen gehörten bis jetzt schon dem Stadtgemeinderate an. (M. S.)

**Königsstein.** Der Schulunterricht in den Ortsteilen rechts und links der Elbe fällt wegen Kohlenmangels bis auf weiteres aus. — Die Stadtverordnetenwahl konnte unterbleiben, da sich die städtischen Parteien auf eine Kandidatenliste geeint hatten.

**Pirna.** Ueber die Stadtverordnetenwahl ist folgendes zu berichten: Wahlberechtigte 11418, gewählt haben 7167. Es entfielen auf Liste 1 Preller-Schiegel 1131 Stimmen (4 Sitze); Liste 2 Hänfel 2307 (10); Liste 3 Dr. Spieß 1946 (9); Liste 4 Schirmer 1635 (7); Liste 5 Drägermüller, Rich. 176 (—). — Infolge der Kohlennot müssen sämtliche Schulen und Lehranstalten, mit Ausnahme des Seminars, für die Dauer von 14 Tagen geschlossen werden.

**Pirna.** Bei dem ehemaligen Kammerfergeanten S. des Pionierbataillons 12 wurden bei einer vom U- und

S-Rat vorgenommenen Hausdurchsuchung u. a. gefunden: 17 Paar Unterhosen, 21 Hemden, 2 Bettlücken, 26 Paar Strümpfe, 2 Paar Schnürschuhe, 2 Luchshosen, 1 Mantel, 2 Blusen, 1 Revolver, geladen mit Dumdumgeschossen, und 1 Armeesfernglas. Sämtliche Gegenstände waren neu. An Lebensmitteln fand man u. a.: 2 Zentner weißes Mehl, 75 Pfund Getreide, 10 Stück Einpfund-Büchsenfleisch, 9 1/2 Pfund Talg, 2 1/2 Pfund Butter sowie fertige Braten verschiedenster Art.

**Dresden.** Die Pockenkrankungen haben hier in den letzten beiden Wochen 54 und 34 Fälle betragen, womit eine Gesamtsumme von 264 Fällen erreicht ist. Die Zahl der Todesfälle beträgt 21.

**Dresden.** Bei den Stadtverordnetenwahlen, die wiederum ein Abflauen der Wahlbeteiligung zeigten, wurden abgegeben für die Liste Kühn (Soz.) 790 503 Stimmen (39 Sitze), Liste Haenel (Unabh.) 9115 Stimmen (4 Sitze), auf die 4 bürgerlichen Listen Wachsmuth, März, Thiersfelder und Eichler wurden insgesamt 94 051 Stimmen abgegeben, worauf 41 Sitze entfallen sind.

**Königsbrück.** Der im 47. Jahre stehende Zimmermann N. G. Buhrig aus Grüngräbchen ist am Sonnabend abend von seiner Arbeitsstätte, der Kohlengrube in Bernsdorf, nicht zurückgekehrt. Bei der Nachsuche fand man ihn am Sonntag unter Reisig versteckt auf dem sogenannten Butterwege zwischen Bernsdorf und Grüngräbchen erschossen auf. Der Mord ist ungefähr 1200 Meter von seiner Wohnung durch einen Schuß von hinten ausgeführt worden. Buhrig trug eine Uhr und ein Ledertaschen mit 4 bis 6 Mark Inhalt. Er ist vom Wege in den Wald geschleppt worden. Sofort angestellte Untersuchungen führten zu keinem Ergebnis. Der Ermordete hinterläßt eine Frau und zwei Kinder, ein Sohn ist im Felde gefallen.

**Falkenstein.** Die städt. Kollegien beschließen, ein langfristiges Darlehen von 500 000 Mark aufzunehmen zur Deckung der aus Privatband entnommenen Darlehen für Notstandsarbeiten und für Erwerbslosenunterstützung.

**Werdau.** Im hiesigen Forst sind Bäume im Werte von zusammen über 10 000 M. heimlich geschlagen und gestohlen worden.

**Waldenburg.** Auf dem Mayran-Schachte der Schlesi-schen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg erfolgte aus bisher unbekannter Ursache eine Kesselentladung, der acht Menschenleben zum Opfer fielen.

**Altenberg i. G.** Die Fortsetzung der Müglitzalbahn von Geising nach Altenberg ist von der Regierung als Notstandsarbeit bestimmt worden. Am 29. Januar haben Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern

stattgefunden. Der Landerwerb ist bis auf fünf Eigentümer, bei denen die Zwangsentziehung vorgenommen werden wird, durch Verträge gesichert. Diese Verträge sind von der Amtshauptmannschaft bestätigt worden. Vom 1. Februar d. J. ab ist das erforderliche Land in das Eigentum des Eisenbahnfiskus überwiesen worden.

**Dresden i. B.** Die Steuerkraft des einzelnen wird durch die seitherigen Kriegsausgaben in außerordentlichem Umfange und auf viele Jahre hinaus in Anspruch genommen. So belaufen sich die Kriegsausgaben des Bezirksvorstandes der Amtshauptmannschaft Delsnitz auf rund 13 Millionen Mark. Zwecks Verzinsung und Amortisation dieser Millionen Schuld macht sich eine Erhöhung der Bezirkssteuer nötig, die beispielsweise für die Stadt Delsnitz in dem Jahre 1918 41 625 Mark betrug, für 1919 aber auf 175 800 M. festgesetzt werden mußte. Dadurch wird die Erhöhung der städtischen Einkommensteuer von 190 auf 230 Prozent der Staatseinkommensteuer nötig.

**Leipzig.** Ein Teil der städtischen Beamten, besonders die Mitglieder der Polizei und der Feuerwehr, traten am Montag vormittag in den Ausstand, sodaß in den meisten Büros der Stadtverwaltung jeder Verkehr ruhte. Das Rathaus, das Polizeiamt und andere städtische Geschäftsstellen waren am Morgen von Streikposten besetzt. Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Dr. Rothe führten zur vorläufigen Beilegung des Ausstandes. Die Beamten, die an den von ihnen gestellten Behaltsforderungen unbedingt festhalten, nahmen nachmittags den Dienst wieder auf.

Verwaltungsvermögen 150.000.000 Kronen.

**Niedereinsiedler Sparkasse,**  
Niedereinsiedler (Deutschböhmen).

Mündelsichere Geldeinlagen  
gegen Einlagebücher in Mark deutscher Reichs-  
währung zu

4 1/4 %

Tägl. Verzinsung. Halbjähr. Zinszuschreibung.  
Sparverzinss. größ. Beträge nach Vereinbarung.  
Einzahlungen auch ohne Einweisung des Sparbuchs auf  
unser Konto Nr. 10 084 beim Postamt Leipzig. Rück-  
zahlungen überallhin porto- und spesenfrei. — Ausführl.  
Prospekte und Zahlkarten sind kostenfrei erhältlich.

Zurückgekehrt vom Grabe meines über alles geliebten, viel zu früh dahingegangenen,  
herzenguten, treusorgenden Vaters

**Walter Witt**

ist es mir nur möglich, auf diesem Wege für die vielen zahlreichen, mir so wohlthuenden Be-  
weise der Liebe und der Wertschätzung meinen

tieffühelsten Dank

auszusprechen.

Schandau,  
den 12. Februar 1919.

In unsagbarem Weh  
**Marie Witt.**

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen, Frau  
**Auguste Selma Michael**  
findet am **Donnerstag**, nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-  
hause aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders **Erich**  
findet **Donnerstag**, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofs-  
halle aus statt.  
Familie Postschaffner Hering.

Aus dem Felde zurückgekehrt, erlaube ich mir, meiner werten Kund-  
schaft mitzuteilen, daß ich mein

**Malergeschäft wieder eröffnet**

habe und bitte um gütigste Unterstützung.

**Paul Petters, Malergeschäft,**  
Schandau, Marktstraße 16.

**Nach beendeter Inventur**

bieten sich bei mir außerordentlich günstige Einkaufs-Gelegenheiten,  
und zwar gewähre ich folgenden Rabatt:

Kostüm-, Kleider- und Seidenstoffe bis 25%,  
Kopftücher und Kopfschales, ) bis 30%,  
Sofenträger und Ersatzstoffe )  
Blusen u. Unterröcke, Damen- Westen,  
Strümpfe, Handschuhe, Untertaillen, ) 20%,  
gestickte Taschentücher, Reformhosen )

Schandau **Alfred Anders** Basteiplatz

**Waldhaus.**

Jeden Tag geöffnet.  
Kaffee und Gebäck in befaun-  
ter Güte.  
Zimmer gut geheizt.  
Fernsprecher Nr. 254.

**Feinstes Magdeb.  
Sauerkraut,**

Pfund 30 Pfg.,  
empfehlen **Emil Müller.**

**Emaile-Eimer**

mit Fuss,  
Batterien für Taschenlampen  
wieder eingetroffen.  
**Carl Cammerer,**  
Hindenburgstraße 184.

**Blei-**

**rohr,  
Weichblei.**

sowie  
Abz. erbeten unter „Blei“ an die  
Sächsische Elbzitung.

**Stehende Waldungen,**  
Fichte und Kiefer, zum Selbstabtrieb  
gegen sofortige Kasse zu kaufen ge-  
sucht. B. Ang. erb. Karl Leon-  
hardt, Ottendorfer-Str. i. Sa.

**Photogr. Anstalt Königstein**

Tel. 61. mit Handlung für Amateure. Tel. 61.

Haus und Geschäft sind durch Kauf übergegangen an  
**Herrn Richard Reilewitz aus Lothringen.**

Wir bitten unsere werthe Kundschaft, dem Nachfolger die Treue  
zu bewahren, wie er sich bemühen wird, billigen Ansprüchen ge-  
recht zu werden.

Mit ergebenem Danke Hochachtungsvoll  
**F. Lippold u. Frau. Rich. Reilewitz u. Frau.**

Geschäftszeit: 9—6 Uhr.

Dienstag für Aufnahmen geschlossen.

**Befäh. Lehrling,** Sohn achtb. Eltern,  
für Ostern von der „Sächs. Elbzitung“ **gesucht.**

**Suche für meinen Sohn,**

welcher Ostern die Schule verläßt und große Lust zur **Landwirtschaft** hat,  
Verheirathet mit Familienanschluß und guter Verpflegung auf mittlerem Gut.  
Erwünscht ist die Ausbildung unter persönlicher Leitung des Vaters oder  
Verwalters. Bessere Angebote bitte zu senden an

**Oskar Lorenz, Neustadt in Sachsen.**

**Suche**  
zum sofortigen Antritt einen  
**jüngeren Suedt**  
Gut Nr. 56, Schönau.

Ehrliches, sauberes, älteres  
**Hausmädchen**  
zum 1. März gesucht.  
**Arno Müller, Fleischermstr.,**  
Schandau, Markt 24.

Zum 1. März  
tüchtiges, nicht zu junges  
**Hausmädchen**  
gesucht.  
**Fr. Dr. Carlsburg, Schandau.**

4 neue Wagenfedern auf 4 cm  
Breite, 1 mittl. Winde, 1 1/2 Ztr.  
Drahtnagel (4—5 cm Länge)  
bei **Karl Schubert, Schmiedemeister,**  
Schandau.

Die Aushändigung der Zeitung erfolgt  
nur gegen Vorlegung der Quittungskarte!

Dienstag, den 11. Februar,  
**Damenuhr**  
gefunden  
im Zuge 8.15 Uhr vorm. nach Sebnitz.  
Abholen in **Krippen Nr. 88.**

**2 junge Feldgraue**  
— 20 Jahre —  
wünschen **Bekanntschaft mit eben-  
so jungen Damen,** ev. m. Freundin.  
Bessere Angebote mit Bild an die  
„Sächsische Elbzitung“ erbeten.

Staatsbankrott?

Seine Wirkung auf den einzelnen Bürger.

Dieser Tage ging eine Meldung durch einen Teil der Presse, die gar nicht stark genug unterstrichen werden kann. In einer Sitzung der einzelstaatlichen Finanzminister sprach der Vertreter Preußens, Dr. Südekum, direkt von einem bevorstehenden Staatsbankrott. Er sagte ferner, es könne dahin kommen, daß wir alle unser Einkommen restlos dem Staat geben müßten. Dem Einzelnen werde nur ein Teil davon nach Bedürfnis und Würdigkeit zur Verfügung gestellt werden.

Zu dieser düsteren Zukunftsaussicht schreibt uns ein bekannter deutscher Volkswirt: Man wird zunächst die Forderung nicht aufgeben dürfen, daß die meisten Arbeiterkreise doch noch rechtzeitig zur Besinnung kommen, deren Verhalten heute, am meisten zur weiteren Verschlechterung unserer Wirtschafts- und Finanzlage beiträgt. Man wird sich aber andererseits doch ernsthaft mit der Frage beschäftigen müssen, wie ein solcher Staatsbankrott auf den einzelnen Staatsbürger einwirkt.

Im Hergang und in der Wirkung sind dabei zwei Arten zu unterscheiden: der eigentliche Staatsbankrott und der sogenannte Währungsbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott kann in sehr seltenen Fällen soweit gehen, daß der Staat wie ein beliebiger anderer Schuldner seine Zahlungen völlig einstellt, d. h. also: gelieferte Waren und geleistete Dienste (Beamtengehälter usw.) nicht bezahlt und auch die Zinsen auf die Staatsschuld unbezahlt läßt. In den häufigeren Fällen dieser Art wird nur die Zahlung der Zinsen auf die Staatsschuld eingestellt oder — sei es durch Herabsetzung des Zinsfußes, sei es durch eine hohe Zinssteuern — willkürlich herabgesetzt. Im zweiten Falle steht der Staat den Geldgehalt der Währungsminzen herab, d. h. also, er bestimmt, wie zum Beispiel im Rußland der achtziger Jahre, daß der Rubel nur noch 2/3 des Gewichtes in Gold haben soll wie vorher. Das bedeutet, daß jemand, der z. B. eine Schuld aufgenommen hat, für die er etwa 600 Gramm Goldmünzen erhalten hat, nur noch 400 Gramm Goldmünzen zurückzahlen braucht, denn diese 400 Gramm bedeuten jetzt ebenso viel Währungsgeld, wie früher die 600 Gramm.

In seinen Folgen ist die erstgenannte Form, der eigentliche Staatsbankrott, weniger weittragend, als der Währungsbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott verringert den Wert aller Forderungen an den Staat in gleicher Weise, wie das bei einem Zwangsvergleich mit den privaten Forderungen an den Konkursschuldner geschieht. Der Kreis der Geschädigten ist natürlich wesentlich größer; er umfaßt einen großen Teil der gesamten Einwohnerzahl des gesamten Staates und bedeutet insofern eine gewaltige soziale Umwälzung, als alle diejenigen, die Schuld titel des Staates haben, gewaltige Teile ihres Vermögens einbüßen, während diejenigen, deren Vermögen aus anderen Gütern besteht, in der Hauptsache die Besitzer von Grund und Boden, Häusern, Fabriken und Auslandswerten ebenso reich bleiben, wie vorher, d. h. also, im Verhältnis ganz wesentlich reicher werden.

Im zweiten Falle, beim Währungsbankrott, liegen die schädlichen Folgen weniger auf der Hand, sind aber noch weit furchtbarer und tiefgreifender. Hier findet durch die Herabsetzung des Wertes der einzelnen Währungsmünze eine riesige Begünstigung sämtlicher Schuldner zu Lasten aller überhaupt vorhandenen Gläubiger statt. Das zeigt das eingangs geschilderte Beispiel klar. Auch hier wieder verringert sich nur das Vermögen derjenigen Leute, deren Besitz aus Forderungsrechten besteht, die gleichen Kreise aber wie beim ersten Falle, d. h. also im wesentlichen die Besitzer von Grund und Boden, Fabriken, Häusern und Auslandswerten büßen wiederum nichts von ihrem Vermögen ein, und dieses steigt buchstäblich entsprechend der Verringerung des Wertes der Währungsminzen in seinem Goldwerte. Mit anderen Worten: wenn in den erwähnten Zeiten in Rußland ein Vauergut 20000 Rubel alter Münze wert war, so war es nach der Herabsetzung des Rubelwertes 30000 neue Rubel wert. Die Schädigung aller diejenigen, die Außenstände irgend welcher Art haben, ist wie erwähnt, beim Währungsbankrott wesentlich tiefergehend als beim eigentlichen Staatsbankrott. Gesetzt den Fall, das Deutsche Reich sähe sich gezwungen, den Feingehalt der Mark auf die Hälfte herabzusetzen, so hieße das nichts anderes, als daß jeder der bisher über ein Vermögen von 40000 Mark verfügte, zwar dem Namen nach ebenso viel erhalte, während aber diese 40000 Mark früher in runder Summe 2000 Pfund Sterling wert waren, sind sie nachher nur noch 1000 Pfund Sterling wert, d. h. also, man kann mit der entwerteten Münze zunächst auf dem Weltmarkt im Auslande, sehr bald aber auch im Inlande nur noch halb soviel kaufen, wie früher.

Um nochmals zusammenzufassen: Beim eigentlichen Staatsbankrott wird einem Teile des Volkes, und zwar allen denjenigen, die Forderungen an den Staat haben, also z. B. Staats- oder Reichsanleihen besitzen, ein Teil dieser Forderungen für ungültig erklärt und dieser Volksteil wird dadurch ärmer und weniger kaufkräftig. Beim Währungsbankrott ist das gleich mit allen denen der Fall, die überhaupt Forderungen im Inlande aufweisen haben. Eine derartige Verringerung der Kaufkraft weitester Kreise im Inlande bedeutet in ihrer Wirkung eine gewaltige Verarmung des inneren Marktes, eine Schädigung der Kaufkraft der breiten Massen und deren Unfähigkeit für alle Gegenstände, die man überhaupt erwirbt. Daß dies auf Industrie und Handel in stärkstem Maße zurückwirken muß, ist selbstverständlich. L. H.

Nicht zu Sieben?

Langsam beginnt sich in Weimar das Wälzchen zu drehen. Langsam aber sicher. Wenigstens scheint es so. Man hatte sich die Anfänge der Legitimierung des neuen deutschen Volkstaates einfacher gedacht als sie sich jetzt herausstellt. Selbst nachdem die Hoffnung der Sozialdemokratie, in der Nationalversammlung gleich beim ersten Anlauf die Mehrheit zu erobern, getrogen hatte, glaubte kein Mensch an sonderliche Schwierigkeiten der Konstituierung des Reiches: man nahm, selbstverständlich, die nächstliegende deutsche demokratische Partei in die Regierung mit auf, und die Sache war erledigt. Drei bis vier Sitze mochten ihr überlassen werden, im übrigen aber würden alle Plätze mit Angehörigen der stärksten Partei

besetzt, und dann konnte endlich mit praktischer, mit ach so bringlicher Arbeit begonnen werden. Die Rechnung war einfach; sie hatte nur den Fehler, daß sie nicht stimmte.

Denn die Demokraten sahen die Sache nicht bloß von der einen Seite an, die sie hat, von der Seite der Beteiligung an der Macht, sondern, sehr begreiflicherweise, auch von der andern: der Verantwortlichkeit. Und wie die Sozialdemokratie, auch abgesehen von den Mehrheitsverhältnissen, ganz gern darauf verzichtete, für sich allein die volle Verantwortung zu tragen für die weitere Gestaltung des deutschen Schicksals, vor dem Volk und vor der Geschichte, so hielten auch die Demokraten nach Genossen Umschau, mit denen sie ihrerseits Schuld oder Verdienst — je nachdem — zu teilen vermöchten; wie die Dinge liegen, kann man es wirklich niemandem verargen, wenn er in dieser Beziehung Vorsicht walten läßt. Wir brauchen nur an den Frieden zu denken, der uns bevorsteht, um zu begreifen, daß keine Partei mehr Verantwortung auf ihre Schultern laden will als durch die gegebenen Umstände unbedingt geboten ist.

Also wurden Verhandlungen mit dem Zentrum eingeleitet, und das Zentrum sagte nicht Nein. Fünf Millionen Wähler haben auch diesmal wieder dieser ausgesprochenen Mittel- und Vermittlerpartei ihr Vertrauen befohlen. Das verpflichtet, besonders in einer so schweren Zeit. Damit standen aber der Sozialdemokratie bereits zwei gegnerische Parteien als Machtteilhaber gegenüber. Also wurden sieben gegen sieben Plätze im neuen Reichskabinett angeboten: sieben für die eigentliche Regierungspartei, und sieben für die beiden anderen Parteien zusammen. Parität, wie man das neuerdings zu nennen pflegt. Doch da machte das Zentrum Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten sind, sagten diese erfahrenen parlamentarischen Strategen, in der Nationalversammlung in der Minderheit; wie kommen sie dazu, für sich den gleichen Anteil an der Antervertierung zu beanspruchen, wie sie ihn ihren Gegnern zugestehen will? Das wäre um so gerechtfertigter, als sie gerade die wichtigsten Posten ausschließlich mit ihren Leuten besetzen will: den Reichspräsidenten mit Herrn Ebert, den Ministerpräsidenten mit Herrn Scheidemann und den Präsidenten der Nationalversammlung mit Herrn Dr. David. Und je länger man über diese Fragen sprach und nachdachte, desto bedenklicher wurden die Geister. Überhaupt: drei Präsidenten von der roten Farbe — da können doch in einem von Grund auf demokratisch einzurichtenden Staateswesen andere Parteien eigentlich gar nicht mehr mitmachen. Schon hier muß die Machtverteilung beginnen, wenn nicht falsche Vorstellungen entstehen sollen. Also verlangt das Zentrum, als zweitstärkste Partei, da die Herren Ebert und Dr. David bereits so gut wie festgelegt sind, das Amt des Ministerpräsidenten oder, wie man wohl bald wieder unbeanstandet wird sagen dürfen, des Reichstanzlers für sich. Einmal: dann aber möchte es das Stärkeverhältnis im Kabinett nicht auf der Grundlage von 7 zu 7, sondern von 8 zu 7 bemessen wissen. Denn entscheidend ist jetzt nun einmal die Gesamtansicht der Nationalversammlung.

Man muß zugeben, daß der Sozialdemokratie hier einigermaßen schwere Verzichtleistungen angefohlen werden; für sie steht mehr als die bloße Frage der Antervertierung auf dem Spiel. Ihr Ansehen als Trägerin der Revolution als Führerin in der neuen Zeit steht auf dem Spiel, und wenn auch mit den Unabhängigen kein Pakt für die neue Regierung zu schließen war, die Rücksicht auf diese unbedeutlichen Genossen von der Linken darf deshalb doch keinen Augenblick außer acht gelassen werden; das Geschrei von der Gegenrevolution, an die das Volk verraten werde, könnte sonst bald gefährlich werden.

Was bleibt danach? Ein Mittelweg, Kompromiß, Verständigung — ganz wie in früheren Zeiten, wo man auch nicht den Himmel stürmen konnte, so sehr man sich dazu des öfteren aufgelegt fühlte. Das Zentrum wird schließlich auch mit sich reden lassen, und die Demokraten sind nicht unerbittlich. Schade nur, daß die ersten bitter notwendigen „Taten“ der Nationalversammlung auf diese Weise durch Vorgänge hinter den Kulissen aufgehalten werden, die man vor der Revolution verächtlich als „Aushandeln“ zu brandmarken pflegte. Das kann nicht gerade das Ansehen der neuen deutschen Volksvertretung heben. Es sind eben doch wieder die alten Parteien, die das Erbe des Kaiserreiches unter sich verteilen wollen. Am Ende ist der Sprung, der Miß, der Bruch in unserer Geschichte gar nicht so groß gewesen, wie wir es uns bisher eingebildet haben. Am Ende konnte er es auch nicht sein — wer kann das heute schon entscheiden wollen? —

Praktische Arbeit.

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung.

at. Weimar, 10. Februar.

Nachdem vorgestern Staatssekretär Dr. Preuß den Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt begründet hatte, ergab sich, daß niemand das Wort verlangte. Wieder ein Regierungsmonolog. Vielleicht am interessantesten aus der Rede des Staatssekretärs war die Feststellung, daß auch nach dem Zusammenbruch der dynastischen Sondernisse der Weg zur Reichseinheit recht bornenvoll ist. Im übrigen hob der Redner wiederholt hervor, daß der von ihm begründete Entwurf ein Provisorium darstelle, geschaffen, um endlich die Einsetzung einer rechtmäßigen, verhandlungsfähigen Regierung zu schaffen. Damit hatte er eigentlich allen Gegnern von rechts und links die Möglichkeit von Einwänden genommen. So bleiben denn bis auf weiteres wichtige Fragen, wie die Abgrenzung der Zuständigkeit des Reiches und der Einzelstaaten in der Schwere. Und Dr. Preuß deutet richtig an, daß über sie sobald keine Einigkeit zu erzielen sein wird. Aber letzten Endes — damit schloß der Redner unter allgemeiner Zustimmung — kommt es nicht auf die einzelnen Gesetzesbestimmungen, als vielmehr auf den Geist an, in dem das deutsche Volk jetzt an der Aufrichtung des neuen Reiches arbeitet.

Der Geist im deutschen Volk. Er findet gegenwärtig seinen Spiegel in der Versammlung der politischen Geister in Weimar. Und man darf sagen, daß der Geist, der bisher über den Verhandlungen schwebte, zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. In dieser Überzeugung kann auch der Verzicht der Unabhängigen, einen kleinen Krawall herbeizuführen, nicht irremachen. Es handelte sich um ein geringfügiges Versehen des Mehrheitssozialisten Fischer bei der Schriftführerwahl, ein Versehen, das die Wahl in keiner Weise beeinflusste. Der energische laute Protest, den

die 22 erhoben, zeigt aber, in welchem Maße sie entschlossen sind, die Verhandlungen zu führen. Die Nationalversammlung wird schlimmstenfalls die 22 Kabaumacher eriragen und wahrscheinlich in ihrer — jetzt in Arbeit befindlichen — Geschäftsordnung auch Sicherungen gegen mutwillige und böswillige Verhandlungsstörer schaffen.

Ohne Zweifel, man ist auf dem Wege zu anstrengender praktischer Arbeit. Alle Fraktionen haben bereits Anträge eingebracht, im wesentlichen verlangen alle die alsbaldige Wiederherstellung unfrö Wirtschaftslens. Nur die Unabhängigen begnügten sich mit dem Antrag, die Nationalversammlung sofort von Weimar nach Berlin zu verlegen. Vielleicht wäre die Arbeit schon weiter g. diehen, wenn nicht die Rollen — d. h. die Rollenbesetzung im Theater zu Weimar so unendliche Schwierigkeiten machte. Ursprünglich fand man es beinahe selbstverständlich, daß der Sozialdemokratie, die die Revolution gemacht und bei den Wahlen die Mehrheit erhalten hat, nun auch die leitenden Männer stellt. Aber bei der Fraktion selbst begann der Zweifel, ob sie — nach demokratischen Grundsätzen — die bürgerlichen Parteien, die zusammen die Mehrheit in der Versammlung haben, bei der Besetzung der leitenden Stellen ausschalten dürfe. Und nun begann das Verhandeln. Am Sonnabend ohne Ergebnis, am Sonntag ohne Erfolg, am Montag vormittag immer noch keine Einigung. Vergeblich ward eine Deputation zu Ebert entsandt, um ihn zum Verzicht auf den vorläufigen Reichspräsidenten zu rerantlassen und an Stelle des heizumitritenen Scheidemann das Ministerpräsidentium übernehmen. Umsonst ward angeregt, Dr. David solle auf das Präsidentium der Nationalversammlung verzichten. Bei allen Erwägungen und Kombinationen ergaben sich immer wieder Schwierigkeiten. Man fragt sich erstaunt: Muß das sein? Nach der Notverfassung erkennt doch der Reichspräsident das Reichskabinett, das sich vom Parlament das Vertrauen aussprechen lassen muß. Also gut. Schnelle Entscheidung über die Notverfassung, schnelle Wahl des Reichspräsidenten, der dann sein Kabinett zusammenstellen soll. So wünscht man in weiten Parla-mentskreisen. Aber es sind Widerstände zu überwinden — und so wogt der Kampf der Geister hinter den Kulissen fort . . .

Er mordung der Deutschen in Windau.

Bericht der Obersten Seeresleitung.

Berlin, 10. Februar.

Die deutsche Oberste Seeresleitung meldet:

Bei einem erfolgreichen Vorstoß im Windauabschnitt wurde Ehrliche von uns genommen. Nachrichten zufolge soll die deutsche Besatzung von Windau bei der Eroberung dieser Stadt durch die Bolschewisten restlos niedergemacht und eine Anzahl deutscher Kolonisten in Goldingen erschossen worden sein.

In dem weiteren Bericht heißt es: A. D. R. Süd: In allen Abschnitten für uns erfolgreiche Gefechte. 5. A. R. Ein feindlicher Vorstoß bei Rawitsch wurde abgewiesen. 2. A. R. Südwestlich Margonin griffen die Polen in Stärke von zwei Kompanien das Dorf Radmonke an, welches hierbei verloren ging. Es wurde später mit Artillerieunterstützung von uns wiedergewonnen. Die Räumung der von uns noch besetzten Teile des russischen Gebietes an der Bahn Kowel — Brest-Litowsk ist durchgeführt. Westlich von Brest-Litowsk wurde ein starker polnischer Überfall abgeschlagen, dank der ausgezeichneten Haltung der 3. Kompanie des Freiwilligen-Bataillons 44. Das 22. Reservekorps, das bisher in Brest-Litowsk lag, hat das Kommando an die 22. Landwehrdivision abgegeben und wird nach der Heimat abtransportiert.

Teuprämie von 300 000 Mark.

Die Stadtverordneten von Bromberg beschloßen, für die Truppen, welche erfolgreich die Bromberg bedrohende Polengefahr bekämpften, eine Teuprämie von 300 000 Mark auszuwerfen. Wegen Hochverrats und Widerstandes gegen die bewaffnete Macht hatten sich vor dem Kriegsgericht in Thorn elf Polen zu verantworten, die in Kämpfen bei Grünthal und Hopfengarten gefangengenommen waren. Das Urteil war: drei je 12 Jahre Festung, fünf je 15 Jahre Zuchthaus, zwei je 12, ein Angeklagter 10 Jahre Zuchthaus.

Einberufung jüngerer Jahrgänge.

Die Gerüchte von einer Mobilmachung größerer Stiles für den Ostschus ist in dieser Form nicht richtig. Es kann sich, wie das vom Kriegsminister auch schon angedeutet worden ist, lediglich darum handeln, daß bestimmte Jahrgänge in den bedrohten Gebieten, a' so lediglich in den Ostprovinzen, aufgeboten werden. Dieses Aufgebot wird in den territorial angegriffenen Provinzen um so weniger Widerstand finden, als nach den bisher gemachten Erfahrungen die zurückgelassenen wehrfähigen Deutschen sowohl von den russischen Bolschewiki, wie auch von den Polen teils niedergemacht, teils in eine harte Gefangenschaft fortgebracht werden. Die Freiwilligen-Regimenter allein genügen nicht für das gewaltige Ostgebiet.

Appell der Beamten an die N. B.

Unabhängbare Folgen.

Berlin, 10. Februar.

Die allerorts von den Spartakisten bedrängte deutsche Beamtenschaft hat an die Nationalversammlung folgenden Protest gerichtet:

„Der Tagespresse zufolge werden dauernd von bewaffneten Soldaten und Arbeitern, die sich zu Unrecht Befugnisse der zuständigen Behörden anmaßten, Beamte der Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet und unerhörtem Terror unterstellt. Gleiche Vorgänge wie in Hamburg auch im Westen und Osten unseres Vaterlandes. Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter allen Umständen schwer gefährdet. Wenn persönliche Freiheit, Gesundheit und Leben der Beamten weiter angetastet werden, sind Beamte gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für gesamtes Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen zeitigen könnten.“

Der Deutsche Beamtenbund als Gesamtvertretung der deutschen Beamtenschaft mit rund zwei Millionen Mitgliedern erbittet dringend überzügliche Abhilfe zur Sicherung der unbedingt notwendigen ungestörten Weiterarbeit der Beamten.

# Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonntags durchgehend von 9—2 Uhr. Fernruf Nr. 99.

Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.

## Wahlergebnis der Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen im 1. Wahlkreise.

Auf die Wahlvorschläge

1. Fräßdorf sind	380 738
2. Kraft	159 136
3. Menke	57 930
4. Blüher	84 615
5. Hille	16 602
6. Wagner	119 468

auf die verbundenen Wahlvorschläge Blüher, Hille, Wagner sind zusammen 220 685

gültige Stimmen entfallen.

Hiernach sind gewählt vom

### Wahlvorschläge Fräßdorf:

1. Vorsitzender der Ortskrankenkasse Carl Julius Fräßdorf, Dresden,
2. Geschäftsführer Karl Sindermann, Dresden,
3. Geschäftsführer Oskar Scherffig, Meißen,
4. Landesparteisekretär Otto Hlbig, Leubnitz-Neuostra,
5. Gewerkschaftsbeamter Albert Schwarz, Mägeln,
6. Redakteur Emil Nitzsche, Dresden,
7. Gewerkschaftsbeamter Gustav Hermann Linke, Pulsnitz,
8. Bezirksleiter Robert Wirth, Dresden,
9. Schuhmachermeister Friedrich Oskar Günther, Pulsnitz,
10. Bezirksparteisekretär Otto Kühn, Dresden,
11. Gewerkschaftsangestellter Gustav Zwaier, Neugersdorf,
12. Gewerkschaftsbeamter Gustav Neuring, Dresden,
13. Lehrer Arthur Arzt, Dresden,
14. Gewerkschaftsangestellter Bruno Kirchof, Dresden,
15. Geschäftsführer Otto Schembor, Zittau,
16. Geschäftsführer Julius Eggert, Dresden,
17. Lagerhalter Ernst Braune, Radeberg,

### Wahlvorschläge Kraft:

1. Prof. Dr. med. Heinrich Kraft, Dresden,
2. Stadtrat Emil Schwager, Zittau,
3. Seminaroberlehrer Prof. Otto Koch, Dresden,
4. Priv. Kaufmann Karl August Richard Hartmann, Bautzen,
5. Ehefrau Julie Salinger, Dresden,
6. Pastor Eduard Hermann Krusche, Meißen,
7. Ministerialsekretär Georg Schulze, Hellerau-Dresden,

### Wahlvorschläge Menke:

1. Arbeitersekretär Bernhard Menke, Dresden,
2. Redakteur Hermann Fleißner, Brzesniz,

### Wahlvorschläge Blüher:

1. Oberbürgermeister Bernhard Blüher, Dresden,
2. Staatsminister a. D. Dr. Walter Koch, Dresden,
3. Rechtsanwalt Dr. Fritz Kaiser, Dresden,
4. Fabrikbesitzer Konrad Niehammer, Kriebitz i. Sa.,

### Wahlvorschläge Wagner:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Eduard Wagner, Dresden,
2. Fabrikdirektor Johannes Hofmann, Meißen,
3. Stadtrat Oswin Schmidt, Freiberg,
4. Fabrikdirektor Max Lehmann, Niederlößnitz,
5. Kaufmann Max Otto Ziller, Dresden.

Der Wahlkommissar für den 1. Wahlkreis.  
Dr. Heerklotz.

## Ausführungsverordnung

für die Reichsverordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 (RGBl. S. 69).

In Ausführung der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 (RGBl. S. 69) wird zum Bezirkswohnungskommissar für das Gebiet der Stadt Dresden der Stadtrat Köppen in Dresden, für die übrigen Teile der Kreishauptmannschaft Dresden der Baurat Mittelbach bei der Kreishauptmannschaft Dresden bestellt.

Die Bestellung von Bezirkswohnungskommissaren für die anderen Landestteile bleibt vorbehalten. Solange das nicht geschehen ist, stehen die Befugnisse aus der Verordnung vom 15. Januar 1919 dem Leiter des Landeswohnungsamtes, Geh. Regierungsrat Dr. Bollmer, zu. Er ist befugt, im einzelnen Falle andere Personen mit der Durchführung der Angelegenheit in seinem Auftrage zu betrauen.

Das Ministerium des Innern erwartet, daß die Bezirkswohnungskommissare, sofern es sich als notwendig erweist, auf Grund der ihnen erteilten Machbefugnisse tatkräftig eingreifen, sich dabei aber auch der großen Verantwortung bewußt sind, die ihnen übertragen ist, und nicht außer acht lassen, welche schweren Eingriffe ihre Maßnahmen in wohl erworbene Rechte dritter Personen darstellen. Es wird darauf ankommen, den richtigen Mittelweg zwischen den der Notlage entsprechenden Bedürfnissen und den Rechten dritter Personen zu finden.

Dem Landeswohnungsamt bleibt vorbehalten, für die Bezirkswohnungskommissare besondere Anweisungen zu erlassen.

Dresden, am 31. Januar 1919.

LWA IV. 58

Ministerium des Innern.

1347

K. M. I.

## Berkehr mit Zucker.

Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft einschl. der Städte mit rev. Städteordnung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Der neue Versorgungszeitraum erstreckt sich auf die Zeit vom 13. Februar bis 27. Mai 1919.

Die Zuckerkarte trägt außer den 5 Einpundabschnitten noch 2 mit O und D bezeichnete Hilfsabschnitte, die für die Verteilung etwaiger Sonderzulagen bestimmt sind.

Außer diesen Normalzuckerkarten gelangen mit einem K bezeichneten Karten zur Ausgabe, welche die Hilfsabschnitte O und D nicht aufweisen.

Diese K-Zuckerkarten sind, soweit noch Kriegsgefangene zu versorgen sind, ausschließlich für diese sowie für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (für diese als zweite Karte) bestimmt.

§ 2. Für die Zeit vom 13. Februar bis 27. Mai 1919 erhalten:

- a) Kinder im 1. und 2. Lebensjahre eine Zuckerkarte und eine K-Zuckerkarte über je 5 Pfd.,
- b) Kriegsgefangene eine K-Zuckerkarte über 5 Pfd.,
- c) alle übrigen Personen eine Zuckerkarte über 5 Pfd.

Für Berechnung des Alters zu a) ist der 13. Februar 1919 maßgebend.

Personen, die nach Beginn eines Zuckerlieferungszeitraumes ihren Wohnsitz von einem außerstädtischen Orte dauernd in den hiesigen Bezirk verlegen, treten in die Zuckerlieferung von diesem Tage ab ein, an dem sie nach der Abmeldebefreiung aus der Zuckerlieferung ihres bisherigen Wohnsitzes ausgeschieden sind. Sie erhalten für jeden am Tage ihres Eintritts in die hiesige Zuckerlieferung noch gültigen Einzelabschnitt der Zuckerkarte eine, Kinder im 1. und 2. Lebensjahre zwei Ergänzungs-Zuckerkarten über je 1 Pfd. Zucker ausgehändigt.

Personen, die nach Beginn eines Zuckerlieferungszeitraumes ihren Wohnsitz von einem sächsischen Orte dauernd nach einem Orte des hiesigen Bezirks verlegen, erhalten auf den jeweils laufenden Zuckerlieferungszeitraum hier keine Zuckerkarte; sie müssen sich diese vielmehr von ihrem bisherigen Wohnsitz mitbringen.

Vorübergehend Zuziehende erhalten ebenfalls keine Zuckerkarte; sie haben sich vielmehr entweder mit Zucker oder Zucker-Umtauschkarten zu versehen.

Infolge Entlassung vom Heeresdienst usw. neu in die Versorgung eintretende Personen erhalten für jeden am Tage ihres Eintritts in die hiesige Zuckerlieferung noch gültigen Einzelabschnitt der Zuckerkarte eine, neugeborene Kinder und Kinder im 1. und 2. Lebensjahre zwei Ergänzungs-Zuckerkarten über je 1 Pfd. Zucker.

§ 3. Statt der Zuckerkarten werden Bezugskarten ausgegeben für

- a) Bäckereien und Konditoreien;
- b) Gastwirtschaften, Schankwirtschaften, Fremdenheime und ähnliche Betriebe für ihren Gewerbebetrieb;
- c) Betriebe des Lebensmittelgewerbes, die ihre Erzeugnisse in der Hauptsache zum Verbrauch innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Pirna an Verbraucher absetzen;
- d) Krankenhäuser, Anstalten und dergleichen;
- e) Volksküchen und ähnliche gemeinnützige Einrichtungen, denen die Amtshauptmannschaft das gleiche Recht zugestht;
- f) Apotheken.

Die Festsetzung der zuzuwiesenden Mengen richtet sich nach den in der Versorgungszeit verfügbaren Vorräten.

§ 4. Die Ausgabe der Bezugskarten an die unter § 3 a genannten Betriebe erfolgt durch Vermittlung der Innungen. Bäcker haben den Antrag auf Aushändigung von Bezugskarten bei ihrer Innung, Konditoren bei der Konditoren-Kreisinnung zu Dresden zu stellen.

Die Anträge sind spätestens bis zum 13. Februar bei der Innung einzureichen. Die Innungen haben die eingehenden Anträge zu prüfen und gesammelt unter Beifügung einer Uebersicht für sämtliche beteiligten Betriebe spätestens bis zum 16. Februar bei der Amtshauptmannschaft einzureichen.

§ 5. Die Ausgabe der Bezugskarten an die unter § 3 b genannten Betriebe erfolgt durch die Gemeindebehörden gemäß der diesen erteilten Anweisung.

§ 6. Die Ausgabe der Bezugskarten an die unter c-f genannten Betriebe erfolgt auf Antrag unmittelbar durch die Amtshauptmannschaft. Bei Stellung des Antrages haben anzugeben:

1. die in § 3 c genannten Betriebe den Bedarf an Zucker für die kommende Versorgungszeit unter näherer Darlegung der jetzigen Betriebsverhältnisse und die Art seiner Verwendung,
2. die in § 3 d genannten Anstalten die Zahl der dort voll zu beschäftigenden Personen,
3. die in § 3 e genannten Einrichtungen die Zahl der durchschnittlich täglich zu beschäftigenden Personen,
4. die Apotheken den Bedarf zur Herstellung von Heilmitteln und die Verwendung des für die vergangene Versorgungszeit bewilligten Zuckers sowie des beabsichtigten Verbrauchs.

§ 7. Die an die Amtshauptmannschaft zu richtenden Anträge sind spätestens bis zum 15. Februar 1919 bei dieser einzureichen.

Ver spätete Anträge haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

§ 8. Die Zuckerkarten sind auf der Rückseite der Stammkarte und des Bezugsausweises je mit Namen und Wohnung des Inhabers zu versehen. Der Kleinhändler hat auf der Rückseite der Stammkarte und des Bezugsausweises seine genaue Adresse mit Tinte oder deutlichem, unverwischbarem Firmenstempel zu vermerken.

Die Bezugskarten sind auf der Rückseite mit Namen und Wohnung des Inhabers und dem Firmenstempel der liefernden Firma zu versehen.

Karten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, dürfen nicht beliefert werden.

§ 9. Zuwiderhandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 17. Okt. 1917 bestraft. Diese Strafbestimmungen erleiden auch gegenüber denjenigen Anwendung, die sich mehr Zuckerkarten verschaffen, als ihnen nach den Vorschriften dieser Bekanntmachung zustehen.

Pirna, am 7. Februar 1919.

Der Bezirksverband.

## Aufbringung von Schlachtvieh.

165 W. M. III. I. Zum Zwecke der Aufbringung des für die Fleischversorgung erforderlichen Schlachtviehs erfolgt in den nächsten Tagen durch die Gemeindebehörden oder durch von ihnen beauftragte Mitglieder der Ortsausschüsse zur Sicherung der Volksernährung eine Durchsicht der Viehbestände, bei der die Zahl der über drei Monate alten Rinder und deren Lebendgewicht festzustellen ist.

Die Feststellung des Lebendgewichts erfolgt durch Schätzung oder Abwiegen. Das Ergebnis wird dem Viehhalter bekanntgegeben. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ausschuss und dem Viehhalter muß das Gewicht sofort durch Abwiegen festgestellt werden. Einem nachträglichen Einsprache gegen die Feststellung des Lebendgewichts kann keine Folge gegeben werden.

II. Die Gemeindebehörden haben die Viehhalter auf die bevorstehende Durchsicht der Viehbestände in ortsüblicher Weise noch besonders hinzuweisen. Die Viehhalter sind verpflichtet, sich am Tage der Durchsicht zur Verfügung zu halten und über ihre Viehverhältnisse erschöpfende Auskunft zu geben.

Macht sich infolge der Abwesenheit des Viehhalters oder eines geeigneten Vertreters eine erneute Durchsicht nötig, so kann der Viehhalter nach Befinden mit den dadurch entstehenden Kosten belastet werden.

Pirna, den 6. Februar 1919.

Der Bezirksverband.

Das Diphtherie-Serum mit der Kontrollnummer 330 „Dreihundertdreißig“ aus den Behringwerken in Marburg ist wegen nachträglich eingetretener Unbrauchbarkeit zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, am 10. Februar 1919.

215 IV M

Ministerium des Innern.

1593